An die noch immer Wütenden:

Rechter Populismus bietet keine Lösungen

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Bild: Kai Dell / Wikimedia Commons / CC BY 3.0)

Ein Jahr PEGIDA. Wofür?

PEGIDA hat sich verändert – und ist doch gleich geblieben. Geblieben sind die menschenfeindlichen Ziele der Organisator_innen, die vorgaukeln, die Krankheiten der Demokratie heilen zu können. Geändert haben sich ihre Rhetorik und die der Gastredner_innen, die offener zum Hass aufstacheln. Geblieben ist die Vielfalt der Motive, deretwegen die Unzufriedenen protestieren. Geändert hat sich deren Zusammensetzung, weil viele, die anfangs dabei waren, das Wesen von PEGIDA erkannt haben.

Was haben die PEGIDA-Führer erreicht? Kein Problem können sie lösen. Wie wir die Geflüchteten, die nun einmal kommen, zum allseitigen Vorteil in unsere Gesellschaft aufnehmen können, interessiert sie nicht. Die demokratische Kultur, die in Sachsen scheintot ist, haben sie nicht belebt, sondern beschädigt. Sie haben ein Klima der Angst geschaffen, den Ruf ganzer Städte ruiniert. Sie beschwören den »Bürgerkrieg« und meinen das sehr ernst. Allein 2015 gab es über 500 Anschläge auf Asylunterkünfte. Wer Asylheime anzündet, Politiker_innen droht, Journalist_innen angreift, handelt terroristisch. Nicht alle, die PEGIDA unterstützen, sind Rassisten. Nach mehr als einem Jahr wissen sie aber, wem sie hinterherlaufen.

Die PEGIDA-Führer haben sich in paranoide Parallel-Logiken eingemauert, in denen andere Sichtweisen nichts gelten. Gleichzeitig dringen sie auf Meinungsfreiheit. Sie beschimpfen Andersdenkende, stellen Fakten in Frage. Gleichzeitig fordern sie Dialog. Sie stellen Asylsuchende unter Generalverdacht, auch Medien und das politische System. Gleichzeitig fordern sie einen fairen Umgang mit ihrem Protest. Sie organisieren düster gestimmte Völkchenfeste der Demokratieverachtung. PEGIDAs Beitrag zur Problemlösung? Fehlanzeige. Ein Jahr PEGIDA: Nichts als Schaden.

Antworten sind gefragt

Viele suchen Antworten. Demokraten müssen sie geben, PEGIDA kann das nicht, die AfD auch nicht. Gebraucht werden Lösungen, durch die niemand etwas einbüßt! Einheimische wie Zuwandernde wünschen sich soziale Sicherheit. Für sie kämpfen wir, die stärkste Oppositionskraft, seit 1990 und gegen die CDU. Wir setzen uns seit jeher ein für mehr Lehrkräfte, Polizeibedienstete, Sozialarbeiter/innen, bezahlbare Wohnungen, gute Arbeit, ein verlässliches Sozial-, Gesundheits- und Rentensystem – für alle. Nicht, weil das von einer Oppositionskraft erwartet wird, sondern weil wir sehen, welche Fehlentwicklungen die Kürzungsorgien gebracht haben. Mit dem Staatsversagen bei der Flüchtlingsunterbringung muss Schluss sein. Ja, das alles kostet. Anstelle von allgemeinen Steuererhöhungen, die nur die Oberschicht verschonen, wollen wir, was wir schon immer wollten: Gerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen! Geflüchtete werden, wenn wir sie lassen, mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen als alle Steuertrickser und -vermeider aus der ortsansässigen Oberschicht.

Abschottung hält niemanden von der Flucht ab, sie wäre eine feige Flucht aus unserer Mitverantwortung. Anstatt Ressourcen für Transitzonen zu verschleudern, müssen wir Asylverfahren beschleunigen, Stellen beim Bundesamt für Migration sowie an Gerichten schaffen. Wir brauchen mehr Dolmetscher_innen, Sozialarbeiter_innen, Deutschlehrer_innen, Sprach- und Integrationskurse.

Verwaltungen, die Asylunterkünfte suchen, müssen auch die Interessen der Bevölkerung berücksichtigen. Dezentrale Unterbringung muss die Regel werden! Im Freistaat stehen 230.000 Wohnungen leer, 50.000 sind sofort nutzbar. Das hilft auch, Konflikten vorzubeugen und ist besser, als hunderte einander Fremde, die zum Nichtstun verdammt sind, zusammenzupferchen. Kriminalität hat nichts mit Nationalitäten zu tun, eher mit den persönlichen Eigenschaften und dem sozialen Umfeld des Einzelnen.

Unsere Gesellschaft ändert sich. Das bringt Auseinandersetzungen, obwohl Alt- und Neu-Sachsen in der Regel friedlich zusammenleben. Wir halten nichts von einer Leitkultur, aber viel von Grundwerten: Wer hier lebt, muss die Gesetze achten, das gilt für alle! Wir kämpfen weiter für Errungenschaften wie die Gleichberechtigung der Geschlechter und Lebensweisen. Eine »Islamisierung« droht nicht. Es kommen Massen von Anti-Fundamentalisten, die es satt haben, dass Regimes, die sich auf Gott berufen, Freiheit einschränken.

Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete. Waffenexporte verbieten, vorsorgende Diplomatie und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung stärken, TTIP verhindern! Und wir brauchen ein Einwanderungsermöglichungsgesetz. Ein 45-Punkte-Konzept für einen humanitären Grundkonsens beim Umgang mit Geflüchteten *(Landtags-Drucksache 6/2500)* haben wir vorgelegt und der Regierung Hilfe angeboten.

Heute hat Sachsen 1,6 Millionen weniger Einwohner als 1950. Flüchtlinge ändern weniger, als viele glauben. Machen Sie sich selbst ein Bild, verallgemeinern Sie nicht! Ein Jahr PEGIDA reicht – jetzt muss am Zug sein, wer wirklich etwas ändern kann.

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
Telefon: 0351/493-5800, Fax: 0351/493-5460
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann, Stand: Oktober 2015
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de